



Aarau, 17. Dezember 2018
GV 2018 - 2021 / 38

Botschaft an den Einwohnerrat

Postulat von A. Abdurahman und L. Hunziker: Beitritt zur Städtekoalition gegen Rassismus

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Begehren

Die Einwohnerräte Abdul M. Abdurahman und Lelia Hunziker (SP) unterbreiteten dem Stadtrat zuhanden des Einwohnerrats ein Postulat, in welchem sie diesen einladen, eine Standortbestimmung im Hinblick auf die Massnahmen des Zehn-Punkte-Programms zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa vorzunehmen. Anschliessend soll der Beitritt der Stadt Aarau zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus eingeleitet werden bzw. falls notwendig, die erforderlichen Massnahmen ergriffen werden, damit der Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann.

2. Beurteilung des Postulats durch den Stadtrat

Die Unesco startete 2004 eine "Europäische Städtekoalition gegen Rassismus". Im selben Jahr wurde in Nürnberg ein 10-Punkte-Plan gegen Rassismus verabschiedet und der Verein "European Coalition of Cities against Racism" gegründet.

Die Mitgliederstädte verpflichten sich zur Umsetzung eines 10-Punkte-Aktionsplanes. Der Aktionsplan enthält Massnahmen in folgenden Bereichen:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Massnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Es steht den einzelnen Städten frei, welche konkreten Massnahmen sie unter den einzelnen Punkten des Aktionsplanes ergreifen wollen. 121 Kommunen aus 24 europäischen Ländern - davon folgende in der Schweiz (Zürich, Winterthur, Luzern, Basel, Bern, Lausanne, St. Gallen) - gehören ihr heute an. Mit dem Beitritt zur Koalition verpflichtet sich eine Kommune, den Aktionsplan umzusetzen und alle zwei Jahre einen



Bericht vorzulegen. Jährlich findet ein Treffen der Mitgliedsgemeinden statt. Die Mitgliedschaft kostet 500 Euro pro Jahr.

Der Stadtrat möchte – wie die oben erwähnten Schweizer Städte – das Thema Rassismus mit Blick auf Chancengleichheit in der Stadt Aarau aufnehmen, wo aktuell Menschen aus 112 verschiedenen Nationen leben, und beabsichtigt deshalb, dieses Thema in einem zweistufigen Verfahren zu bearbeiten. Zunächst sei die im Postulat geforderte Standortbestimmung im Hinblick auf die Massnahmen des oben erwähnten Zehn-Punkte-Aktionsplans vorzunehmen.

Der Stadtrat beabsichtigt danach, je nach Ausgang der Standortbestimmung,

- a) den Beitritt zur "Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus" ins Auge zu fassen und ggf. die notwendigen zusätzlichen Ressourcen für die allenfalls erforderlichen Massnahmen zu sprechen; oder
- b) das Thema als erledigt zu betrachten, wenn kein Handlungsbedarf aufgezeigt wird.

Das Thema Rassismus und Diskriminierung ist bislang in der Stadtverwaltung Aarau nicht aktiv bearbeitet worden ist. Deshalb hat der Stadtrat für die Durchführung der Standortbestimmung durch eine externe Fachberatung einen Nachtragskredit von 15'000 Franken gesprochen. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe soll die Standortbestimmung begleiten. Für die Koordination der Standortbestimmung und die Berichterstattung sind die Sozialen Dienste, Sektion Gesellschaft, zuständig.

Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit Bericht erstatten.

Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat wie folgt

A n t r a g :

Dem Einwohnerrat wird beantragt, das Postulat zu überweisen.

Im Namen des Stadtrats

Dr. Hanspeter Hilfiker
Stadtpräsident

Daniel Roth
Stadtschreiber

Verzeichnis der aufliegenden Akten:

- 10-Punkte-Plan gegen Rassismus
- Satzung des "Vereins Europäische Städtekoalition gegen Rassismus"